

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 008.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Plagvorschrift 85 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4500 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Das Drama des italienischen Meeres.

Zum Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie. Wien, 19.—24. Oktober.

Von Dr. Anna Frey.

Ungefähr zur selben Zeit, da der Würzburger Parteitag abgehalten wurde, versammelten sich in Wien die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft Österreichs zum ersten Parteitag in der Kriegszeit.

Während all der 3/4 Jahre hatten zwischen der Wiener und der Berliner Parteileitung die engsten Beziehungen bestanden, und lange Zeit hatten die führenden Genossen in Österreich die Taktik der deutschen Mehrheit gebilligt und verteidigt.

Dennoch bot die Wiener Tagung ein ganz anderes Bild als die von Würzburg, und obgleich bei den Wiener Beratungen die Mehrheit des Parteivorstandes noch viermal so stark war, als die Opposition, und obwohl die Mehrheit wiederholt sehr schroff gegen die Minderheit auftrat und fast alle Anträge der Minderheit ablehnte oder abschwächte, so nahmen die Verhandlungen in Wien doch einen entschiedenen für die Unabhängigen in Deutschland erfreulichen Verlauf als für die Abhängigen.

Die deutsche Arbeiterschaft Österreichs ist äußerst unzufrieden, zum großen Teil auch unzufrieden mit der Tätigkeit der Parteileitung und der Parlamentsfraktion, aber auch unzufrieden — das klang auch aus den Worten so manches Vertreters der Mehrheit heraus — mit der Haltung der Mehrheitspartei in Deutschland, deren Politik ja auch von großer Bedeutung ist für die Verhältnisse in Österreich. Wird doch die Entscheidung über Krieg und Frieden auch für Österreich in Berlin gefällt.

Wenn Genosse **Behler** (Brud a. d. Mur) sagte: „Es ist gesagt worden, wir mögen über die deutsche Partei nicht zu Gericht sitzen. Wenn aber die Arbeiterbewegung heute einen derartigen Leistungsstand erreicht hat, so verdanken wir das zum großen Teil der ganz unbegreiflichen Haltung der Mehrheitspartei der deutschen Sozialdemokraten“, so gab er damit nicht nur der Meinung der Opposition Ausdruck, sondern der eines sehr großen Teils der deutsch-österreichischen Arbeiterschaft. Das beweist die Tatsache, daß bei den Debatten über den Parteitag- und Fraktionsbericht auch die Mitglieder der Parteileitung es für notwendig hielten, zu betonen, daß sie durchaus nicht mit der Politik der reichsdeutschen Mehrheitspartei ganz einverstanden seien.

Selbst Genosse **Viktor Adler**, auf dessen Autorität sich Scheidemann-Ebert wiederholt berufen zu können glaubten, sah sich veranlaßt zu erklären, daß er mit der Mehrheit in Deutschland in vielen Dingen nicht einverstanden sei. „Wir werden ja sehen, wie lange es möglich ist, den Optimismus aufrecht zu erhalten, mit dem die Parteimehrheit draußen heute zu handeln scheint. Ich fürchte, es werden bittere Enttäuschungen kommen. Aber es ist nicht meine Sache, zu rufen.“

Diese Tatsache kann auch nicht verdunkelt werden durch die Worte **Seligers** (Leipzig), die der Vorwärts seitgedruckt wieder gegeben hat: „Aber mir anzumessen, das Urteil über sie (die reichsdeutsche Mehrheit) auszusprechen, das ist mir niemals in den Sinn gekommen. Und wenn es vielleicht noch begreiflich und entschuldbar war vor dem deutschen Parteitag, nach dem Parteitag haben wir kein Recht mehr dazu. Denn hinter der Mehrheit steht die Mehrheit der deutschen proletarischen Vertrauensmänner. (Beifall und Oho-Rufe.) Und diesen bringe ich Vertrauen entgegen.“ Auch Seliger beteuerte ja: „Auch mir hat die Politik der Mehrheit der deutschen Partei in einzelnen Dingen gewiß nicht gefallen.“

Obwohl manche Erscheinung, die sich auf dem Parteitag bemerkbar machte, wenig erfreulich war, so ist doch das Ergebnis dieser Tagung unverkennbar ein Rud der gesamten Partei nach links. Wenn man in Würzburg, wie die Volksfische Zeitung vom 23. Oktober schreibt, „von Revolution und Internationalen Abschied genommen“ hat, so hat sich in Wien wenigstens in Worten auch die Mehrheit wieder zu den alten internationalen Grundsätzen bekannt, und der Ruf **Viktor Adlers**: „Parteiengenossen! Erfüllen Sie sich nur recht mit revolutionärem Geiste! Je mehr Sie es tun, desto besser.“ war doch mehr als ironisierender Witz gegen die Linke.

Wie weit man bereit ist, die Worte in die Tat umzusetzen und die einstimmigen Beschlüsse, durch Massenversammlungen und Massendemonstrationen den Friedens-

willen des Proletariats zum Ausdruck zu bringen, auch durchzuführen, muß die nächste Zukunft lehren.

Das bedeutsamste und eindrucksvollste Ereignis des ganzen Parteitags war „die Erklärung der Linken“. Der Eindruck der darin zum Ausdruck gebrachten Anschauungen und Forderungen war ein so starker auf alle Delegierten, und die Erkenntnis von der Notwendigkeit, über diese Erklärung eingehend zu diskutieren, so allgemein, daß beschlossen wurde, diese Diskussion von der über den Parteivorstandsbericht zu trennen und jedem Redner statt zehn Minuten 30 Minuten Redezeit zu gewähren. Zwei Tage nahm nun die sehr eingehende, zum Teil auch recht leidenschaftlich und heftig geführte Auseinandersetzung zwischen der Rechten und der Linken in Anspruch; es wurde ihr ein größerer Raum gewährt, als jedem anderen Punkte der Tagesordnung.

Diese Debatte brachte der Linken einen großen moralischen Erfolg.

Bei den drei Reichskonferenzen, die im Mai 1915, im März und im November 1916 stattgefunden hatten, waren die Anträge der Linken verspottet und verlacht und mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Bei der ersten Konferenz stimmten nur 10 Delegierte für die Anträge der Opposition, auf der zweiten 16, auf der dritten 33.

Die „Erklärung der Linken auf dem Parteitag Wien 1917“ wurde von 54 Delegierten unterschrieben. Nicht mehr zu verachten suchte man den Standpunkt der Opposition, sondern mit größtem Ernste wurden nun die einzelnen Probleme besprochen. Eines der Hauptargumente gegen die Erklärung war freilich, daß sie offene Türen einrenne, ein in Österreich so beliebtes Argument, um vorhandene Gegensätze nicht auszutragen, sondern zu verwischen.

Mit Recht konnte **Neurath** (Reichenberg), der Generalsekretär der Linken, den Einigkeitsantrag **R. Adlers** als eine Anerkennung und einen Erfolg der Minderheit begrüßen.

Bei der nun folgenden Debatte über den Parteivorstandsbericht beantragte **Janecek** im Auftrag der Bezirksorganisation **Brigittenau** ein Mißbilligungs-votum gegen den Parteivorstand. **Janecek** gehört nicht der Linken an; sein Standpunkt ist ein ganz anderer, und der Linken war es sehr lieb, daß er sehr entschieden gegen ihre Erklärung auftrat.

Bei der Abstimmung über diesen Antrag wie bei der über die Entlastung des Parteivorstandes übte die Linke Stimmhaltung, wie von **Riese-wetter** (Trautenau) hervorgehoben wurde, was allerdings aus dem Bericht der Arbeiterzeitung nicht zu ersehen ist.

Bei der Debatte über den Fraktionsbericht waren es besonders drei Punkte, bei denen der Gegensatz zwischen der Rechten und der Linken zum Ausdruck kam: erstens die Frage, ob die Fraktion ihren Beschluß vom 20. April „auch auf dem Boden des Parlaments mit aller Entschiedenheit für einen raschen Friedensschluß ohne Annexionen und Entschädigungen zu wirken“, bisher nachgekommen oder nicht, und ob es nicht ein Unterlassungsfehler war, daß die Partei im Parlament bisher keinen Antrag eingebracht hat, der diesen Willen zum Ausdruck bringt, zweitens die Frage der Kreditbewilligung und drittens die Frage des Ministerialismus.

Der Antrag **Riese-wetter**, der der Auffassung der Linken zu der ersten Frage Ausdruck gab, wurde abgelehnt.

Ein anklagendes Schweigen!

In unserer Montagnummer haben wir den Angriff der Chemnitzer Volksstimme auf den Genossen **Geyer** wegen seiner Stütteriger Rede, worin er die Fraktion **Scheidemann** eines schmählischen Doppelspiels in der Reichstags-sitzung des 9. Oktober bei dem Vorstoß des Reichskanzlers und des Staatssekretärs **Capelle** gegen die Unabhängige Sozialdemokratie überführte, in unserm Leitartikel Die Entrüsteten zurückgewiesen. Zugleich haben wir die Anklage **Geyers** erweitert durch den Hinweis auf die Behauptung der Kreuzzeitung, daß die Vertreter der Fraktion **Scheidemann** in dem Geheimauskunft beim Reichskanzler gegen seine Erklärung, die Unabhängige Sozialdemokratie müsse unter **Aus-nahm-er-recht** gestellt werden, keinen Widerspruch erhoben hätten. Wir haben diese Behauptung des konservativen Blattes vorerst mit Vorbehalt verzeichnet und an die Führer der Regierungsozialisten die Frage gestellt, was sie zu dieser schweren Bezeichnung der Kreuzzeitung zu sagen haben.

Jeder politische Abschwärze wird ohne weiteres einsehen, daß die Fraktion **Scheidemann** ein starkes Interesse daran haben muß, die Beschuldigung des konservativen Blattes sofort zurückzuweisen und zu entkräften, wenn sie dazu imstande ist. Sie mußte nach unserm Hinweis auf den Kreuzzeitungsartikel um so mehr die Dringlichkeit einer solchen Reinigung empfinden, da sie aus eigenen Stücken die Neuzugung der Kreuzzeitung nicht aufgegriffen hatte, was um so auffälliger ist, als sie eine schon acht Tage früher erfolgte Notiz desselben Blattes mit dem gleichen Inhalt ebenfalls übersehen hatte.

Indes, bis heute hat weder die Chemnitzer Volksstimme, die doch die nächste dazu gewesen wäre, noch der Vorwärts, der auch gegen den Genossen **Geyer** vom Leber gezogen hatte — er beschuldigte ihn einer krasen, bewußt ausgesprochenen Unwahrheit und bezeichnete es als wirklich der Aufklärung wert, ob „der alte Geyer“ oder nur „ein unwissender Berichterstatter der V. B.“ gefälscht habe — mit einer Silbe die Angelegenheit erwähnt. Sollten beide Blätter unsern Artikel vom Montag nicht gelesen haben? Das wäre eine wahrhaft merkwürdige Häufung sonderbarer Zufälle. Die Redaktionen dieser Blätter hätten es dann fertig gebracht, zwei wichtige Neuzugungen der Kreuzzeitung und einen Leitartikel der Leipziger Volkszeitung, die diese Sache betrafen, glattweg zu übersehen. Es gehört ein starker Glaube dazu, anzunehmen, daß die Herren dreimal etwas nicht gelesen haben, was ihnen unbequem ist.

Ob sie nun auf diesen unsern erneuten Hinweis endlich antworten werden? Sie sollten sich dazu entschließen. Denn wenn sie weiter schweigen, so werden sie damit ihre Sache sicherlich nicht bessern. Schweigen auf eine solche Anklage bedeutet Eingeständnis!

Wollen oder müssen Vorwärts und Chemnitzer Volksstimme eingestehen, daß die Bezeichnung der Kreuzzeitung wahr ist?

Die Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz vom 27. Oktober (Nr. 28) hat die Anwürfe des Vorwärts gegen den Genossen **Geyer** aufgenommen. Sie behauptet, daß der Abgeordnete **Geyer** die Stütteriger Versammlung „bewußt belogen“ habe und gebraucht das demagogische Fehsternstuck, seiner Anklage den Leitartikel der Leipziger Volkszeitung entgegenzustellen, der am 9. Oktober unter dem unmittelbaren Eindruck der Reichstagsverhandlungen geschrieben wurde. In diesem Leitartikel wurde gesagt, daß Herr **Ebert** gegen den Kanzler **Löwe** sand, die an seine besseren Zeiten erinnern; den Schatten des Sozialistengesetzes beschwöre ein deutscher Staatsmann selbst vor abhängigen Sozialdemokraten noch nicht ungekräftet herauf. Aus dieser unserer Äußerung schließt die Sozialdemokratische Parteikorrespondenz, die Leipziger Volkszeitung habe wahrheitsgemäß zugeben müssen, daß die Sozialdemokratie ihre Pflicht getan habe. Im schroffen Gegensatz dazu aber „läßt der Vertreter für Leipzig-Land die Leipziger Arbeiter bewußt an, und die Parteileitung der Leipziger Unabhängigen unterbreitet einer Volksversammlung eine Resolution, die ebenfalls bewußt verlogene Behauptungen aufstellt“. Diese effektvolle Gegenüberstellung der Parteikorrespondenz ist ein niedlicher kleiner Schwindel, der auf Leser berechnet ist, die urteilslos alles hinnehmen, was ihnen gedruckt vorgelegt wird. Die Sozialdemokratische Parteikorrespondenz verschweigt ihnen, daß zwischen dem Leitartikel der Leipziger Volkszeitung vom 10. Oktober und der Rede des Genossen **Geyer** am 21. Oktober eine neue Tatsache liegt, die der Sache ein anderes Gesicht gegeben hat. Am 9. Oktober konnte Genosse **Bloß**, als er seinen Leitartikel über die Reichstags-sitzung jenes Tages schrieb, noch nicht wissen, was einige Tage später erst bekannt wurde, daß nämlich der Reichskanzler sein „Material“ gegen die drei verdächtigsten Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratie schon geraume Zeit vor jener Reichstagsverhandlung im geheimen Siebener-Auskunft den Parteiführern vorgelegt hatte, daß also die Herren **Scheidemann** und **Ebert** zum mindesten von der Möglichkeit des Angriffs, der am 9. Oktober gegen unsere Partei erfolgte, gewußt haben und es nicht für nötig befunden hatten, den Verdächtigten davon Mitteilung zu machen. Die Sozialdemokratische Parteikorrespondenz weiß diesen Unterschied in der Situation des 9. und des 21. Oktober ganz gut, aber sie zieht es vor, sich dumm zu stellen, um ihr unehrliches Fehsternstuck gegen den Genossen **Geyer** aufzuführen zu können. Wir brauchen sie auf diesen Sachverhalt nur festzunageln, um sie der gebührenden Beurteilung der Deffentlichkeit zu überliefern.